



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Umwelt	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Fraktion DIE LINKE Datum: 18.11.2019	Antrag	2019/369
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18.10.2019; Resolution Glyphosatverbot
(im Stand der 1. Aktualisierung der Verwaltung vom 14.11.2019)

Produkt/e:

Beratungsfolge

Status Datum Gremium

N 11.11.2019 Kreisausschuss

Ö 11.11.2019 Kreistag

Ö 25.11.2019 Ausschuss für Umweltschutz, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Agenda 21 u.
Verbraucherschutz

Anlage/n:

Originalantrag

Beschlussvorschlag Antragsteller:

Der Landkreis Lüneburg fordert die Deutsche Bahn auf, zeitnah auf allen von ihr im Landkreis Lüneburg genutzten Flächen, kein Glyphosat mehr einzusetzen.

Glyphosat kommt nicht nur in der Landwirtschaft zum Einsatz, auch die Deutsche Bahn verwendet das Mittel – und zwar im großen Stil. Die Deutsche Bahn gilt sogar als größter Einzelverbraucher von Glyphosat in Deutschland

Sachlage Antragsteller:

Vergangenes Jahr hat die Deutsche Bahn nach eigenen Angaben 65,4 Tonnen Glyphosat verwendet – so viel wie kein anderes Einzelunternehmen sonst in Deutschland. Mit dem Mittel bekämpft die Deutsche Bahn Unkraut im Schotterbett der Gleise. Ob Glyphosat dafür jedoch wirklich die beste Wahl ist, ist fraglich. Immerhin ist das Herbizid ein extrem kritisches Mittel – es tötet ausnahmslos alle Pflanzen, mit denen es in Berührung kommt und steht außerdem im Verdacht, Krebs auslösen zu können. Glyphosat ist das Insektengift Nummer 1 in Deutschland und Europa. 33.500 Kilometer umfasst das Schienennetz der deutschen Bahn – 33.500 Kilometer voller Glyphosat. Wenn die Bahn tatsächlich kein Glyphosat mehr einsetzen würde, hätte das außerdem eine Signalwirkung: Noch sind wir Glyphosat nicht los – aber wenn wir jetzt mit der Deutschen Bahn den größten Verbraucher des

Giftes zum Umdenken bringen, sollte das endgültige Aus von Glyphosat nicht mehr weit. Eine Verweisung in den Fachausschuss halten wir nicht für Zielführend.

Aktualisierte Sachlage der Verwaltung, Stand 14.11.2019:

Aus Sicht der Verwaltung handelt es sich um eine rein politische Aussage. Als Landkreis besteht keine eigene Zuständigkeit bei dem Thema, daher kann ich keine fachliche Stellungnahme abgeben. Das Thema Glyphosat wurde in der Vergangenheit bezogen auf Landkreisflächen in der Politik behandelt (Vorlagen-Nr. 2017/387)..